

Interessengemeinschaft	62
Winkelhauser-Ginlich	62
Das Biersteuergesetz am 1. August 1923	73
Rückgang des Branntweinkonsums	74
Falsche Zusammenstellung	77
Unzutreffende Kritik	77
Interessengemeinschaft zwischen Spirit- und Brauinidustrie	78
Küster-Konzerne	78
Die Geschäftslage der Industrie	82
Ueber „Billigmüller“	86

Aus der Organisation.

Zum Zeitungsverband	1
Die ungeheuren Papierpreise	5
Eine Mahnung an unsere Kollegen in Oberschlesien	6
Berechnung über das 3. Quartal 1923	10
Minderung der Beitragsmarkenforten	11
Organisationsfragen II	14, 20, 32
Beschlüsse des Verbandsrats	25, 29
Die Verbandsbeiträge	31
Zeitungsfrage	41
Die Beitragsleistung	43
Kartellvertrag mit dem Baugewerksbund	44
Zeitungsstellung	47
Frei Krieg zum 25jährigen Amtsjubiläum	49
Die Verbandsbeiträge	59
Kollegen im besetzten Gebiet	63
Die Beitragsfrage	67
Mittelung	68, 77
Was sollen wir denn tun?	75, 79
Erweiterte Beitragskaffelung	75
Aufnahmegebühr 5000 Mk.	75
Kerben behalten, trotz alledem!	76
Zur Zeitungsfrage	77
Arbeit, die geleistet werden muß	77
Erhebung von doppelten Beiträgen für zwei Wochen	79
Wo stehen wir?	79
Regelung der Beiträge zur Behebung der Finanzen	81

Halte die Front	83
Zeitungs- und Maßnahmen - Geldbeiträge	85
Aus der Rundschau.	
Florian Tröger	42
Wilhelm Gilmann	57
Jakob Wolf	57

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Zur Beachtung für die Angestellten	1
Neuwahlen der Ortsvereinsverbände	1
Haushälterisches Umgehen mit Verbandsmitteln	1
Monatliche Geldüberweisung an die Hauptkasse	31
Geldüberweisungen durch die Post	67
Bei Geldüberweisung durch die Banken	71
Verbandsmitglieder	83
Eintrittsgelder, Ersatzbücher und Karten	83
Beiträge an die Ortsausschüsse	83
Verbands-Zeitung	83
Gewerkschaftliche Frauen-Zeitung	83
Direkte Geldüberweisung durch die Unterzahlstellen	83
Beachtenswertes für Unterstützungsauszahler	83
Die vorliegende Nummer der Verbands-Zeitung	85
Mitgliedskarten statt -bücher	85
Wertbeständige Geldüberweisung	85

Aus Verbandsnachrichten.

Einsendung von Geldern an die Hauptverwaltung	4, 24, 28, 36, 50, 84, 86
Ausschlüsse	6, 42, 70, 78, 80
Bei Anträgen auf Stempelgeld	12, 18, 30, 42, 58, 66, 78
Sitzungsgelder	16
Zur Beachtung für die Leiter von Lohnbewegungen	18
Antikriegsmarken	18
Reiseheine	28
Beiträge an die Ortsausschüsse	28
Die Zustellung des „Korrespondenzblatt“	28

Zeitungsempfänger	34, 40, 78
Bei Bestellung von Beitragemarken	40
Bestohlenen Mitgliedsbuch	42, 62
Einsenden der Mitgliedsbücher bei Unterstützungsanspruch	46
Verbandsangestellter, Dresden gesucht	58
Angestellter für die Hauptkasse gesucht	62
Defekte Stelle	80
Stempel und Stempeltisfen	80
Rechtsschutz	82
Warnung	82
Einsendung von Papiermarken unter 10 Milliarden	86

Bewegungen im Beruf.

Proben und rüdenschwache Arbeiter	26
Der tariffreudliche Herr Busch und die Seinen	39
Lohnbewegung und Streit in Bayern	41, 45
Unrühmliche Ausnahmen	45
Lohn - „Stabilisierung“ - „Entbehrungsfaktor“	48
Unternehmerhochmut in Münster i. W.	48
Nach dem beendeteten Brauereiarbeiterstreit in Bayern	49
Scharfmacher im Münsterland	53
Scharfmacher und auch Schäbig	57

Aus Rundschau und Berichten.

Mitglieder, habt amt!	27
Allenstein Seite 61. Bayern 45. Freiburg i. B. 53. Gottesberg 61. Hanau 2. Karlsruhe 24, 30. Königsberg i. Pr. 33. Landsberg a. d. W. 53. Leipzig 21. Lüneburg 49. Magdeburg 69. Mainz 27, 30, 39, 65. Mannheim-L. 15, 39. Mühlacker 9. Neckargemünd 65. Pommern 57. Rostock 61. Sigmaringen 36. Stabe 39. Stolp 42. Wann 78.	

Korrespondenzen.

Ansbach Seite 77. Baden-Baden 61. Bayern 9. Bremen 69. Danzig 21. Hamburg 12. Hinderburg 73. Jena 9. Karlsruhe 6. Mainz 53. Pölsin 69. Saarbrücken 9. Saargebiet 65. Schönau 9. Schwemningen 61. Siegen 21. Vogtland 50.	
--	--

Verbands-Zeitung

Publikationsorgan des Verbandes der Lebensmittel- und Getränkearbeiter Deutschlands
(vormals: Verband der Brauerei- und Mühlenarbeiter und verwandter Berufsgenossen)

Erscheint wöchentlich am Sonnabend.
Bezugspreis: vierteljährlich 800 Mark, unter Kreuzband 400 Mark
Eingetragen in die Postzeitungsliste. Redaktionschluss Montag irub 8 Uhr

Verleger und verantw. Redakteur: Hr. Krieg, Berlin-Lichtenberg
Redaktion und Expedition: Berlin D 27, Schillerstraße 6
Druck: Vorwärts Buchdruckerei Paul Singer & Co., Berlin SW 68

Inserentionspreis
Für Geschäftsanzeigen: die sechsheftige Nonpareilzeile 200 Mark
Gratulationen die Seite 60 Mark, für Todesanzeigen die Seite 40 Mark.

Zum Jahreswechsel

allen Mitgliedern und Mitarbeitern beste
Wünsche.

Redaktion und Verbandsvorstand.

Zur Beachtung für die Ungeestellten!

Den Ortsvereinen sind die Erhebungsbogen Form. I und Form. II zugegangen; desgleichen ein Formular zwecks Feststellung der Vorstände der Ortsvereine. Das letztgenannte Formular muß nach Statutfinden der Jahresgeneralversammlungen ausgefüllt und eingesandt werden. Das Formular I ist nach dem Stand am Jahreschluß auszufüllen und bald einzusenden. Das Formular II ist mit der Abrechnung für das 4. Quartal 1922 auszufüllen und einzusenden. Den Verbandsangestellten liegt die Pflicht ob, bei ihrem persönlichen Anwesenheit in den Ortsvereinen sich um die Ausfertigung des Materials und um die Abrechnung für das 4. Quartal zu kümmern.

Neuwahlen der Ortsvereinsvorstände.

Auf Grund des § 13 Ziffer 5 haben die Generalversammlungen der Ortsvereine im Januar stattzufinden und haben in den Generalversammlungen die Neuwahlen der Ortsverwaltungen zu erfolgen. Dem Verbandsvorstand sind die Adressen der neugewählten Vorstehenden und Kassierer mitzuteilen. Diese Angaben werden zur Fertigstellung des Adressenverzeichnisses benötigt.

Haushälterisches Umgehen mit den Verbandsmitteln.

Anfangs des neuen Jahres müssen alle Ortsvereine ihnen zur Ausfüllung übermittelten Formulare und die Abrechnung für das 4. Quartal 1922 an den Verbandsvorstand einsenden. Daneben laufen noch andere Sendungen und die Korrespondenz mit dem Vorstand.

Die Ortsvereinsvorstände wollen bei ihrem Geschäftsverkehr mit dem Verbandsvorstand stets an die enorm hohen Portokasse denken, nach Möglichkeit die Sendungen konzentrieren und bei Briefen die Gewichtsgrenzen ausnützen. Diese Grenzen sind: bis 20 Gramm 25 Mk., von 20-100 Gramm 35 Mk., über 100-250 Gramm 45 Mk. Porto. Für kurze, nicht besonders wichtige, jedoch eilige Mitteilungen oder Anfragen können Postkarten (15 Mk. Porto) benutzt werden. Bestellungen von Material sind in Rücksicht auf Porto, Packmaterial und Zeit gleichzeitig zusammenzufassen; mit Ausnahme der Beitragsmarken ist für längere Zeit Material auf einmal zu bestellen.

Die Mahnung sparsam zu sein gilt den Ausgaben von Verbandsgeldern auf jedem Gebiet; sie ist mehr denn je zu beachten. Deshalb braucht bei Ausgaben, die der Verwaltung und der Fortentwicklung des Verbandes dienen, nicht am falschen Ende geizigt werden.

Der Verbandsvorstand.

Zum Zeitungsverband.

Die jetzige Form des Zeitungsverbandes erfordert die Beachtung folgender Notwendigkeiten:

1. Bei Zeitungsbestellungen ist immer der Postort, d. h. der Ort des Postamtes, von welchem die Zeitungsbestellungen dem Empfänger zugestellt werden, anzugeben; es genügt nicht, nur den Ort anzugeben oder die nächste Kreisstadt oder Bahnstation, sondern den Ort des zuständigen Postamtes neben der sonstigen Adresse.
2. Der Empfänger der Zeitungen soll möglichst wenig gewechselt werden.
3. Ist eine Änderung in der Person des Empfängers der Zeitungen notwendig, dann muß stets angegeben werden, an welchen Empfänger die Zeitungen bisher gesandt wurden. Dies wird vielfach

Stimme der Tage.

Von Ernst Preczang.

Immer wieder aus dem Tore der Unendlichkeit
Wandeln junge, junge Tage,
In den Augen stille Frage:
Sind wir Kraft und Vorwärtsweg der Zeit?

Weckt der Morgen dich aus deiner Nächte Ruh'n,
Da noch Träume in dir schwingen,
Hörst du's klingen:
Mensch der Bedewest, was wirst du tun?

Junger Tag harst arbeitsroh an deinem Ohr:
Willst du dich und mich erfüllen,
Nimm mich ganz in deinen Willen:
Führe in mir deines Daseins Tat empor.

Harre nicht auf fernere Tage Zauberhand,
Daß sie dich dem Glück vereine;
Keine trägt dich, keine, keine
Werklos in der Freude sonniges Land.

Malen Nächte dir auch bunt und froh in deiner Brust
Bilder, die der Wunsch geboren —
Leben hat sie erst erkoren,
Wenn der junge Tag sie baut in harter Luft.

Was ist Stunde, was ist Tag um Tag und Jahr?
Wind, der flüchtig deinen Scheitel streifte.
Segen, wenn es in dir reifte.
Du nur machst sie froh und wunderbar.

nicht beachtet, namentlich bei Zahlstellen mit mehreren Zweigstellen, die eine ganze Liste Zeitungsempfänger einsenden und nicht sagen, welche Adresse neu ist oder für welche frühere Adresse jetzt die neue Adresse tritt. Das verursacht erhebliche und unnütze Arbeit in der Expedition und u. a. unrichtige Zustellungen. Also bei Zeitungsbestellungen immer sagen: die Adresse ist neu, oder: die Adresse tritt an Stelle der anderen, näher bezeichneten.

4. Es empfiehlt sich, in jeder Zahlstelle eine Liste für Zeitungsadressen mit der Zahl der zutreffenden Zeitungen anzulegen und diese Liste bei jeder Veränderung in Adresse und Zeitungszahl, zugleich mit der Mitteilung an die Expedition, zu forrgieren, damit die Zahlstellen immer auf dem laufenden sind, wieviel Zeitungen an die einzelnen Adressen gesandt werden; jede Veränderung sollte zugleich auch mit dem Datum der Veränderung versehen werden. Auch in kleineren Zahlstellen sollte der Verband registriert werden, schon aus dem Grunde, um die empfangene Zahl der Zeitungen mit dem Mitgliederbestande in Übereinstimmung zu bringen.

5. Geht sparsam mit den Zeitungen um; übrigbleibende Exemplare sind große unnütze Ausgaben für die Verbandskasse. Von der Nr. 47 der „Verbands-Zeitung“ kostete ein einziges Exemplar für Druck und Verpackung 4,70 Mk. ohne Porto für den Versand und von der Nr. 49 ab kostet ein einziges vierseitiges Exemplar der „Verbands-Zeitung“ 8,95 Mk. bis 9 Mk. ohne Porto. Die Kollegen werden nun verstehen, daß mit den Zeitungen hausgehalten werden muß. Jedes Mitglied soll die „Verbands-Zeitung“ haben, was aber darüber ist, muß abbestellt werden.

Alkohol und Abstinenz.

IV.

Die Brauindustrie.

Die volkswirtschaftliche Bedeutung der deutschen Brauindustrie und ihre finanzielle Bedeutung für das Reich ergibt sich aus folgender Gegenüberstellung von Zahlen. Die Zahlen sind, absolut, jetzt nicht mehr zutreffend aber das Verhältnis der Industrien zueinander dürfte nicht in einem solchen Umfange inzwischen verschoben sein, daß die Industrie der Brauerei und Mälzerei wesentlich von ihrer Bedeutung eingebüßt haben sollte. In den Aktiengesellschaften der wichtigsten Industriezweige war im Jahre 1909 und 1919 folgendes Kapital investiert:

	1909	1919
Chemische Industrie	450	1518
Maschinen, Apparate, Lokomotivenbau	660	961
Textilindustrie	625	818
Brauerei, Mälzerei	649	637
Elektrotechnische Industrie	198	630
Nahrungs- und Genussmittel, außer Brauerei	454	603
Steine und Erden	459	529
Steinkohlen-Bergbau	422	393
Forstwirtschaftliche Erzeugnisse	163	392
Braunkohlen-Bergbau	209	384
Papierindustrie	183	252

Von zweiter Stelle im Jahre 1909 ist die Industrie der Brauerei und Mälzerei an vierter Stelle im Jahre 1919 gerückt, und zwar hat sie ihren Platz den Industrien abtreten müssen, bzw. wurde von den Industrien nachgeholt, die durch den Krieg ungeheuren Aufschwung genommen haben, so die Chemische Industrie, Maschinen-, Apparate-, Lokomotivenbau, Textilindustrie, Elektrotechnische Industrie.

Die von der gesamten deutschen Brauindustrie gezahlte Biersteuer, ohne Kommunalbiersteuer, erbrachte seit 1911, dem Jahre des höchsten Ertrages, folgende Summen:

1911:	236 387 Mill. Mk.
1912:	227 669 Mill. Mk.
1913:	231 866 Mill. Mk.

Von da ab ging es infolge des Krieges abwärts, und zwar betrug die Produktion:

1914:	196 252 Mill. Mk.
1915:	138 936 Mill. Mk.
1916:	84 703 Mill. Mk.
1917:	28 778 Mill. Mk.

Die Bierproduktion im Deutschen Reich einschließlich Elsaß-Lothringen war im gleichen Zeitraum:

1911:	70 353 Mill. Hektoliter
1912:	67 872 Mill. Hektoliter
1913:	69 200 Mill. Hektoliter
1914:	59 373 Mill. Hektoliter
1915:	45 862 Mill. Hektoliter
1916:	36 835 Mill. Hektoliter
1917:	23 837 Mill. Hektoliter

im letzten Jahre ausschließlich Luxemburg. Im Jahre 1920 betrug die Bierproduktion 23 319 Mill. Hektoliter und 1921: 33 845 Mill. Hektoliter.

Die Biersteuereinnahme hat sich aber trotz der nur mäßigen Zunahme der Produktion, nach der inzwischen erfolgten Biersteuererhöhung, erheblich gehoben. In den Monaten April bis einschließlich November des Rechnungsjahres 1922/23 erbrachte die Biersteuer eine Einnahme für das Reich von 523 192 Mill. Mk. gegen 241 923 Mill. Mk. in der gleichen Zeit des Vorjahres. Die veranschlagte Summe von 1 Milliarde Mark für das Rechnungsjahr 1922 dürfte jedoch kaum erreicht werden, weil der Konsum dauernd sinkt.

Wir möchten hierbei gleich eine Bemerkung einschleusen. Die Abstinenzler behaupten, daß im Rechnungsjahr 1921 13 Millionen Zentner Gerste zu Bier vergoren wurden. In Wirklichkeit waren es 4 934 461 Doppelzentner = 9 868 922 Zentner. Ein kleiner Rechenfehler, der den Abstinenzlern recht oft schon passiert ist.

Die Zahl der in der Brauerei- und Mälzerei-Berufsgenossenschaft versicherten Arbeiter betrug:

1913	116 894
1914	103 290
1915	81 915
1916	72 522
1917	61 223
1918	62 530
1919	77 040
1920	63 377
1921	70 659

Für die Jahre 1918 und 1919 ist die Arbeiterzahl ermittelt nach der Ferechnung von 300 Arbeitsagen auf einen Vollarbeiter, früher 330 Arbeitstage, und für 1920 und 1921 wurden 300 Arbeitstage zu 8 Stunden auf einen Vollarbeiter gerechnet.

Die Zahl der Erwerbstätigen in der Brauindustrie zuzüglich der Familienangehörigen betrug nach der Berufs- und Gewerbebezahlung im Jahre 1907: 326 693 Personen; die Zahl der Erwerbstätigen in Brauerei und Mälzerei allein 120 132. Das gleiche Verhältnis auf die Zahl der im Jahre 1921 Berücksichtigten angewandt, die durchaus nicht der Zahl der in der Industrie Erwerbstätigen entspricht, die wesentlich höher ist, würden wir eine Ziffer von rund 200 000 Erwerbstätigen und Angehörigen in der Brauindustrie für 1921 erhalten. Dazu kommen die Hilfs- und Anschließgewerbe der Brau- und Malzindustrie: Bierhandel, Beherbergungs- und Erquickungsgewerbe, Maschinen- und Apparatefabrikation für Brauereien und Mälzereien, Böttcherei, Flaschenfabrikation Hopfenbau usw., mit nach Schätzung mindestens der 2 1/2-fachen Zahl, so daß wir zu einer Zahl von 700 000 Menschen kommen, für welche die Brau- und Malzindustrie Existenzquelle ist.

Sehen wir von dem in der Brau- und Malzindustrie investierten Kapital ab, so bleiben drei gewichtige Faktoren, die kein Finanzminister und kein Volkswirtschaftler, kein Mensch mit Vernunft außer acht lassen kann:

ca. 1 Milliarde Biersteuer jährlich, welcher Betrag bei der bevorstehenden Erhöhung der Getränkesteuer erheblich ansteigen wird, wobei auch die Kommunen zu einer ergiebigen Steuerquelle zu kommen hoffen, dazu

700 000 Menschen,

die mit der Brau- und Malzindustrie verbunden sind, darunter

ca. 260 000 Erwerbstätige

in der Brau- und Malzindustrie und den Hilfs- und Anschließgewerben, von welchen auch die Einkommensteuer fortfallen würde, die zum größten Teil aus dem Konsum auscheiden würden, wodurch wieder andere Industrien in Mitleidenschaft gezogen und weitere Arbeitslosigkeit verursacht würde. Und was diese ca. 260 000 Erwerbstätige mit ihren Familienangehörigen, also 700 000 Menschen

an Erwerbslosenunterstützung

beziehen würden, das müßten sich die maßgebenden Kreise und auch die Herren Abstinenzler besser vorher ausrechnen, wenn auf ihren Wunsch die Brauindustrie stillgelegt würde. In der Graupenmüllerei, dem abstinenzlerische Ersatz für die Brauindustrie, wäre für niemand Unterkunft, denn das bißchen Gerste, das die Brauindustrie verbraucht, würde bei Ausnützung der vorhandenen Anlagen auch noch mit vergraupeit, zu Hühner- und Viehfutter, denn so viel Graupen, wie die Menschen mögen, ist ohnedem reichlich vorhanden. Und in den anderen Industrien nehmen Kurzarbeit und Entlassungen zu.

Die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen im Jahre 1921.

Die im Jahre 1921 geführten wirtschaftlichen Bewegungen überragten an Zahl und Umfang weit die des Vorjahres. Die treibenden Kräfte der Lohnbewegungen wirkten in höherem Maße fort. Schien es auch im ersten Halbjahre so, wie wenn ein Stillstand in den Entwertungen der deutschen Währung erwartet werden konnte, so wurde diese Hoffnung durch ein erneutes Sinken der Mark wieder vernichtet. Wiederum kletterten die Preise in steiler Kurve aufwärts und zogen eine ununterbrochen laufende Kette von Lohnbewegungen nach sich. Waren Lohnforderungen der Arbeiter auch größtenteils die Ursachen der Bewegungen, so ist auf sie die Bezeichnung „Angriffsbewegungen“ kaum noch anwendbar. In Wirklichkeit befindet sich die Arbeiterchaft in einer ständigen Abwehr gegen die für sie so unheilvollen Folgen einer in ihrem Kreislauf gestörten kapitalistischen Wirtschaft, die das arbeitende Volk mit völliger Verelendung bedroht. Dieser alle Nerven anspannende Kampf der Gewerkschaften kann nicht einmal als völlig erfolgreich bezeichnet werden, denn trotz Steigerung der Löhne zu großen Summen wird der Abstand zwischen Arbeitseinkommen und Warenpreisen immer weiter, und immer fühlbarer der auf der Arbeiterchaft lastende Druck der Lebensnot.

Ueber die von den im Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vereinigten Zentralverbände im Jahre 1921 geführten wirtschaftlichen Bewegungen unterrichtet eine dem „Korrespondenzblatt“ des ADGB, Nr. 49, beigegebene „Statistische Beilage“. Die Zusammenstellung umfaßt die Berichte von 38 Verbänden, die Beteiligungszahl ist die gleiche wie im Vorjahre. 11 Verbände, die rund 900 000 Mitglieder in sich vereinigten, sandten keinen Bericht ein. Meist handelt es sich um kleinere Organisationen, bei denen lokalfachliche Erhebungen mit besonderen Schwierigkeiten verbunden sind.

Die berichtenden Verbände führten zusammen 55 265 Bewegungen, die sich auf 68 264 Orte und 886 100 Betriebe mit 19 728 273 darin beschäftigten Personen erstreckten. In diesen Bewegungen waren 17 657 229 Personen, davon 4 203 977 weibliche, beteiligt.

Die erheblich großen Zahlen an Betrieben, Beschäftigten und Beteiligten, die hier als Ergebnis der Statistik dem Leser vor Augen treten, können im ersten Augenblick zu einer ungünstigen Beurteilung des Wertes dieser Feststellungen verleiten. Dieser Eindruck ist jedoch falsch. Die großen Zahlen ergeben sich dadurch, daß im Laufe des Jahres in den gleichen Betrieben wiederholt Bewegungen stattfanden, woran in der Regel die gleichen Personen beteiligt waren, die bei jeder Bewegung auch als Beteiligte gezählt werden müssen. Bei der Zusammenfassung aller Bewegungen im Jahre kommen dann in den Statistiken der einzelnen Verbände höhere Zahlen von Betrieben und Beteiligten zustande, als sie der Wahrheit überhaupt aufweist. Das Ergebnis der Statistik zeigt aber ganz folgerichtig das wirkliche, gewaltige Ausmaß der im Jahre 1921 vorgekommenen wirtschaftlichen Bewegungen an.

Die überwiegende Mehrzahl der Bewegungen, und zwar 49 498 gleich 89,7 Proz. aller Bewegungen, an denen 16 446 157 Personen gleich 93 Proz. der Gesamtzahl beteiligt waren, wurden auf dem Wege der Verhandlungen friedlich erledigt. In 5707 Fällen mit 1 241 072 Beteiligten kam es zur Arbeitseinstellung. Von diesen Beteiligten stellten 1 159 191 Personen, darunter 221 496 weibliche, die Arbeit ein, während 81 081 Personen anlässlich dieser Bewegungen ihre Forderungen ohne Arbeitsniederlegung bewilligt erhielten. Zu den Bewegungen mit Arbeitseinstellung zählen sowohl Streiks wie auch Aussperrungen. Von den gesamten Bewegungen wurden 54 234 mit 17 343 228 Beteiligten geführt zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und in 971 Fällen handelte es sich um die Abwehr von Verschlechterungen derselben; an diesen Abwehrbewegungen nahmen 344 001 Personen teil.

Den Angriffsbewegungen lagen in 53 709 Fällen Lohnforderungen der Arbeiter zugrunde, in 263 Fällen handelte es sich um Lohnforderungen in Verbindung mit einer verlangten Verkürzung der Arbeitszeit, in einem Falle um eine Verkürzung der Arbeitszeit allein und in 261 Fällen um sonstige Forderungen. Die Ursachen der Abwehrbewegungen waren in 34 Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit, in 414 Fällen eine Lohnkürzung, in 24 Fällen eine Verlängerung der Arbeitszeit und Lohnkürzung, in 155 Fällen Maßregelung und in 344 Fällen entstanden die Bewegungen aus anderen Ursachen.

Da die Aussperrungen ein Kampfmittel der Unternehmer bilden, ist die Kenntnis über die Zahl und den Umfang dieser Kämpfe notwendig. Die darüber gemachten Feststellungen ergaben, daß 579 Aussperrungen stattfanden; die Zahl der ausgesperrten Personen betrug 207 943, davon 55 291 weibliche. Die Aussperrungen wurden verhängt in 290 Fällen zur Abwehr von Forderungen der Arbeiter, in 124 Fällen aus Maßnahmen gegen Angriffstreiks, in 130 Fällen zur Durchführung von Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen, in sieben Fällen als Maßnahmen gegen Abwehrstreiks und in 28 Fällen aus sonstigen Ursachen.

Von den gesamten Bewegungen wurden 54 699 durch Vergleichsverhandlungen beendet. Die Verhandlungen wurden geführt in 2686 Fällen direkt zwischen den Parteien, in 39 823 Fällen zwischen den Unternehmern, ihren Vertretern und Vertretern der Arbeiter und in 12 190 Fällen unter Teilnahme anderer Personen (Sachlichungsausschüssen und Einigungsämtern). Ein Tarifvertrag wurde abgeschlossen in 5305 Fällen für 1 559 354 Personen, ein bestehender Tarifvertrag verlängert oder erneuert in 5015 Fällen für 2 394 511 Personen und ein Nachtrag zu einem bestehenden Tarifvertrag in 8205 Fällen für 4 681 219 Personen abgeschlossen.

Die Durchführung aller Bewegungen verursachte eine Ausgabe von 245 410 417 Mk., davon kommen auf die Bewegungen ohne Arbeitseinstellung 12 235 126 Mk. und auf die Streiks und Aussperrungen 233 175 291 Mk.

Durch die gesamten Bewegungen hatten 17 293 068 gleich 97,8 Proz. aller Beteiligten einen Erfolg. Es erreichten 23 732 Personen eine Arbeitszeitverkürzung von zusammen 180 187 Stunden und 14 537 113 Personen eine Lohnhöhung von zusammen 1 095 510 837 Mark pro Woche; sonstige Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen erzielten 5 054 689 Personen.

Außer den erreichten Erfolgen wehrten an Verschlechterungen ab 24 011 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 133 774 Stunden und 142 105 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3 229 785 Mk. die Woche. Für 1987 Personen wurde Maßregelung und für 73 329 Personen eine sonstige Verschlechterung der Arbeitsbedingungen abgewehrt. Trotz Abwehr traten an Verschlechterungen ein für 7502 Personen eine Arbeitszeitverlängerung von zusammen 12 061 Stunden und für 57 959 Personen eine Lohnkürzung von zusammen 3 617 910 Mk. die Woche. Von der Summe an Lohnkürzungen kommen für 55 075 Personen zusammen 3 558 028 Mk. auf Bewegungen des Metallarbeiterverbandes im Saargebiet. Die große Summe erklärt sich aus dem Umfange, daß die Lohnkürzungen in Franken erfolgten und diese nach dem damaligen Währungsstande in Mark umgerechnet wurden.

Da nicht alle Verbände an der Statistik beteiligt sind, so ist die Gesamtsumme an Lohnhöchungen, die für die im ADGB. vereinigten Mitglieder erreicht wurde, noch wesentlich höher, als die Zusammen-

stellung ausweist. Rechnerisch ergibt sich auf Grund des vorliegenden Zahlenmaterials, daß im Jahre 1921 auf jede beteiligte Person eine durchschnittliche Lohnhöhung von 75,45 Mk. die Woche gegen 53,55 Mk. im Vorjahre entfällt. So beachtlich die eingetretene Steigerung von 21,90 Mk. auch ist, die durch die Geldentwertung erfolgte Preissteigerung der Lebenshaltungskosten konnte damit nicht ausgeglichen werden. Die Hebung der Lebenslage der Arbeiterklasse auf den Stand der Vorkriegszeit ist die nächste schwere Aufgabe, welche die Gewerkschaften zu erfüllen haben. Ihre Lösung erfordert die vollste Geschlossenheit der Arbeiter und die planmäßige Anwendung ihrer wirtschaftlichen Machtmittel im beharrlichen Kampfe.

Gegen das Versailler Friedensdiktat.

Die Protestversammlung am 11. Dezember im Sitzungssaal des Deutschen Reichstages, über die wir in voriger Nummer berichteten, nahm einstimmig folgende Entschliessung an:

„Die am 11. Dezember im deutschen Reichstagsgebäude versammelten Vertreter der gesamten deutschen Gewerkschaften erklären einmütig, daß sie den tiefsten Grund des immer mehr um sich greifenden deutschen Elends in dem auf der Allerschuld Deutschlands am Weltkriege aufgebauten Versailler Diktat erblicken.“

Sie rufen das ganze deutsche Volk zum einmütigen Protest gegen dieses Diktat auf und sie werden nicht ablassen, der ganzen Welt gegenüber immer wieder das Recht des deutschen Volkes auf ein menschenwürdiges Dasein zu vertreten.

Sie fordern, daß der Vertrag von Versailles mit seinen unerfüllbaren Forderungen und seinen die Existenz des ganzen deutschen Volkes bedrohenden Lasten einer Revision unterzogen wird, durch die Deutschland die Lebensmöglichkeiten wiedergegeben werden.

Insbesondere verlangen sie eine Verminderung der Reparationslasten auf ein erträgliches Maß, wie sie sich anderseits noch wie vor bereiterklären, am Wiederaufbau Europas nach Kräften mitzuwirken. Sie wenden sich mit Entschiedenheit gegen die unhaltbare Lüge von der deutschen Unerkennung am Kriege und erwarten, daß die Geheimarchive aller am Kriege beteiligten Staaten ebenso der Welt geöffnet werden, wie die Akten des deutschen Auswärtigen Amtes.

Von der deutschen Regierung erwarten die Gewerkschaften, daß sie im Interesse des Volkes ihre Politik ganz in der vorgeschriebenen Richtung orientiert.

Den Weltsgenossen im besetzten Rhein- und abgegrenzten Saargebiet, die unter fremder Bedrückung schmachten, geben die gesamten deutschen Gewerkschaften die Versicherung unverbrüchlicher Liebe und Treue ab.“

Warum muß die Mark stabilisiert werden?

Als vierte Fortsetzung dieses Themas schreibt Dr. C. Mierendorff im „Hamburger Echo“ Nr. 516:

Stinnes hat in seiner berüchtigten und nebenbei gesagt utopischen Rede vom 9. November (ausgerechnet am 9. November) die höchst wichtige Frage der Weisbegünstigung angeschnitten. Damit sind wir bei der melioristischen Seite des ganzen Wiederaufbauproblems (und die Stabilisierung wird ja nur unter dem Gesichtspunkt des wirtschaftlichen Wiederaufbaues von so großer Bedeutung). Wenn nämlich Stinnes Mehrarbeit als einziges Hilfsmittel verlangt, so sieht er natürlich vor sich sofort das große Fragezeichen aufsteigen: Wohin mit dem Produkt der Mehrarbeit? Denn ohne einen Markt irgendwo in der Welt und entsprechende Käufer darauf wäre es müßig, auch nur eine Streichholzschachtel mehr zu fabriizieren. Der höchste Warenberg hülflos uns nicht aus der Klemme, wenn er sich in unserm Land aufstürzte. Er muß verkauft werden, und zwar im Ausland verkauft werden. Dort aber stehen uns die hohen Zollmauern entgegen. Die ganze Welt hat sich mit Schutzzolltarifen eingefriedigt in Notwehr gegen unsere Billigkeit. Denn: ob wir es wollen oder nicht, die Tatsache der Geldentwertung hat uns, grob gesagt, zur Schmutzkonturrenz auf dem Weltmarkt gemacht. (Ob das, nebenbei gesagt, in seiner politischen Auswirkung gerade besonders günstig war, ob es den anderen Völkern die Arme leichter öffnete, zu vergeben und zu vergessen und Deutschland als ebenbürtig wieder in die Reihe der Nationen aufzunehmen, sei nur angedeutet.) Jedenfalls ist es Tatsache, daß die deutsche Ausfuhr, wohin sie auch kommt, mit großen Lasten beschwert wird.

Wenn wir bis zum heutigen Tage trotzdem noch immer mitkonkurrieren konnten, dann nur, weil das stetige Abgleiten der Mark immer noch einen gewissen Konkurrenzvorsprung gewährte, den eine Erhöhung der Mehrarbeit nicht rasch genug auszugleichen vermochte. In jüngster Zeit hat sich aber (zum Beispiel in Hollandisch-Indien) gezeigt, daß wir bereits von den Engländern unterboten und zum Teil bereits an gewissen Orten verdrängt wurden. Die Bedeutung dieser Tatsache wird dadurch um so größer, daß Deutschland noch unter den allerniedrigsten Bedingungen arbeitet: es hat in seinen Preisen die niedrigsten Frachtsätze (Unterbilanz der Reichsbahn!) und die niedrigsten Mieten (Zwangswirtschaft!) der Welt (wenn man einmal von den Löhnen absehen will). Und ist trotzdem nicht mehr konkurrenzfähig. Solange noch die Preise willkürlich gesetzt werden konnten, solange durch die Geldentwertung Deutschland immer noch das unbegrenzte Mo-

no pol der Billigkeit hatte, solange ging das glatt. Herr Sinnes hat heute aber nur zwei Wege, sich das Monopol zu erhalten: entweder er wirft die Mark noch tiefer (oder er läßt sie werfen), oder er verbilligt seine Produktionskosten. Diesmal entschied er sich für das letztere (d. h. er möchte es) und verlangt zwei Stunden unbegahlter Mehrarbeit. Der Effekt ist ganz derselbe, als wenn die Mark um ein paar hundert oder tausend Punkte stürzte. Denn auch dieser Vorsprung wäre nur auf Zeit wirksam. Es wäre eine Galgenfrist, nach deren Verstreichen man „so klug wie zuvor“ wäre, bis der Industriekapitän käme und sagte: „Kinder, es hat nicht gelangt, Ihr müßt noch zwei Stunden arbeiten.“ Das Neue an diesem Vorschlag ist nur, daß in ihm jetzt ganz unverbüßtem zugestanden wird, die Konkurrenzfähigkeit der deutschen Wirtschaft soll auf dem Rücken der Arbeiterchaft wiederhergestellt werden.

Die deutsche Wirtschaft hat zurzeit in jeder Beziehung den Vorteil der Monopolstellung. Sie ist den heilsamen Wirkungen einer scharfen, ja überhaupt einer Konkurrenz entrückt. Jedes Monopol ist aber eine Verführung, ein Anreiz zum Nachlassen (auch in der Produktivität). Unsere Landwirtschaft faulenz auf ihrem Monopol. Es ist ihr viel zu anstrengend, sich um Intensivierung der Bebauung zu bemühen (sehen wir einmal von dem Kapitalproblem ab), wenn ihr so schon die dicksten Renten in den Schoß fallen! So steht es aber ähnlich mit der Industrie. Wir brauchen darum schleunigst den scharfen Wind der Konkurrenz vom Weltmarkt her. Er soll einmal diesen aufgetriebenen Wirtschaftsgebilden in die Knochen fahren. Da wird es sich bald herausstellen, wer mit zu hohen Produktionskosten arbeitet, mit zuviel Personal und sonstigen Bärenhäutern belastet ist: der Staat oder die Industrie. Denn diese sogenannten „falschen Kosten der Produktion“ sind vorhanden. Es muß nur festgestellt werden, wo sie stecken und wie groß sie sind. Dies Werk kann aber nur vollbracht werden, wenn die Wirtschaften wieder Rücken an Rücken mit demselben Maßstab der Konkurrenz gemessen werden. Wir müssen durch ein solches reinigendes Bad hindurch. Das Bad wird eine Krise sein; von welchem Ausmaß, läßt sich nicht sagen, bevor man nicht ungefähr den Zeitpunkt ihres Ausbruches kennt. Voraussetzung dazu ist die Stabilisierung. Das wird ein großes Heulen und Zähneklappern geben für die Herren Unternehmer. Denn für sie steht außer dem wirtschaftlichen Verlust auch die Einschränkung ihres politischen Wirkens auf dem Spiele, der sich allein auf ihrer wirtschaftlichen Machtposition gründet. Und deshalb sei ihnen der starke Widerstand gegen alle Stabilisierungstendenzen!

Eine Ueberwindung aber des wirtschaftlichen Stillstandes, eine Bereitwilligkeit zu seiner Niederlegung wird erst denkbar nach Beseitigung der Geldentwertung. Deutschland muß durch stabile Geld- und Preisverhältnisse die Garantie vor unfairer Unterbietung geben.

Bilanz der Steuerfaktoren.

Die Nachweisung der Reicheinnahmen, gegliedert nach den einzelnen Einnahmequellen, liegt jetzt für die ersten sieben Monate des Rechnungsjahres 1922/23 vor. Sie schließt ab mit Ende Oktober dieses Jahres. Die Zahlen über die einzelnen Steuerarten sind außerordentlich interessant. Sie zeigen, daß die schwerste Last der Steuern von Arbeitnehmern und Verbrauchern getragen wird.

Die Empfänger des deutschen Steuerrechts sind die Reichseinkommen-, die Umsatz- und die Kohlensteuer. Aus diesen drei Steuerquellen allein flossen in den ersten sieben Monaten des laufenden Rechnungsjahres 189,6 Milliarden Mark von einem Gesamteinkommen von 183,2 Milliarden Mark, also etwa zwei Drittel. Dabei ist immer im Auge zu behalten, daß der wesentliche Teil der Einnahmen aus der Reichseinkommensteuer durch den Lohnabzug, also mit dem vollen Geldwert erhoben wird, während die Glücklichen, die ihre Steuer auf Grund einer Veranlagung zu zahlen haben, erst viel später, also in gänzlich entwertetem Gelde zahlen — ganz abgesehen davon, daß die Veranlagung großer Vermögen nicht nur nachträglich, am Jahreschluß, sondern noch obendrein mit großer Verpätung erfolgt. Der Versuch, durch Vorschußzahlungen auf Grund der letzten Veranlagung die Einkommensteuer der nicht dem Lohnabzug unterliegenden Steuerpflichtigen diesen Mißstand zu beseitigen, muß als oekheitert angesehen werden. Denn das Einkommen der Sachwerbesitzer, um die es sich hier hauptsächlich handelt, ist inzwischen auf ein Vielfaches gestiegen, so daß die vorgeschriebenen Vorschußzahlungen nur einen winzigen Bruchteil der tatsächlichen Steuerpflicht umfassen. Der Hauptteil wird nachträglich, also wieder in entwertetem Gelde, bezahlt.

Wie sehr sich dagegen Lohn-, Umsatz- und Kohlensteuer in ihren Erträgen der Geldentwertung angepaßt haben, zeigt folgende Gegenüberstellung der bisherigen Einnahmen in diesem und im vorigen Jahre, sowie der Einnahmen aus den gleichen Steuerquellen im Oktober in diesem und vorigen Jahre:

	Einkommensteuer	Umsatzsteuer	Kohlensteuer
	Milliarden Mark		
April/Oktober 1921	9,1	5,4	2,3
„ 1922	69,2	33,8	16,6
Oktober 1921	1,3	0,7	0,5
„ 1922	21,9	7,3	3,0

Die Einnahmen aus der Einkommensteuer hoben sich also ebenso wie die der anderen Steuern auf das Sechsbis-

achtfache, bei einem Vergleich der einzelnen Monate sogar in den beiden ersten Steuern auf mehr als das 12- bzw. 10fache gesteigert. Erricht wurde diese jeweilige Erhöhung der Einnahmen nur noch bei einer anderen Einnahmequelle des Reiches, die ebenfalls die Verbraucher belastet, nämlich bei den Zöllen. Diese sind infolge des mit der Geldentwertung in die Höhe angezogenen Aufzuges folgendermaßen gestiegen: in sieben Monaten 1921 mit 2,7 auf 13,6 Milliarden, in diesem Jahre also rund das Fünffache, von Oktober 1921 mit 0,7 auf 4,8 Milliarden, im Oktober dieses Jahres also das Sechsfache. Ähnliche, wenn auch teilweise nicht so starke Erhöhungen brachten die Abgaben auf Bier, Tabak und die Abgaben des Reichsbrandweinmonopols. Alle diese Verbrauchsabgaben sowie die Einkommensteuer sind im Ertrag bedeutend höher, als man im Voranschlag des Haushaltes angenommen hatte. Das gleiche gilt von dem Ertrag der Ausfuhrabgaben, die in sieben Monaten dieses Jahres 15,8 gegen 0,6 Milliarden im Vorjahr brachten; diese gewaltige Zunahme erklärt sich daraus, daß die Exportabgaben nach dem Fakturwert erhoben werden.

Rechnet man, um ein einigermaßen zutreffendes Bild von der tatsächlichen Belastung des Verbrauchers durch Steuern zu erhalten, sämtliche Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern, ferner aus der Umsatzsteuer und aus der Einkommensteuer (die ja auch die Kaufkraft des durchweg unterbezahlten Lohnempfängers schwächt) zusammen, so kommt man auf den tatsächlichen Betrag von 141,5 Milliarden oder rund auf 2300 Mk. pro Kopf der Bevölkerung in sieben Monaten. Dazu wären aber noch die Abgaben vom Personen- und Güterverkehr zuzurechnen, die in sieben Monaten dieses Rechnungsjahres rund 5 Milliarden Mark einbrachten. Auf die übrigen Steuern, die in der Zeit der Geldentwertung über hohe Preise ebenfalls auf die Verbraucher abgewälzt werden, insonderheit Körperschafts-, Kapitalertrags- und Verkehrssteuern, Steuerabgaben, Erbschafts- und Besitztsteuern — auf alle diese Steuern zusammen entfällt der winzige Ertrag von noch nicht 20 Milliarden Mark!

Das ist die Bilanz der heutigen Steuerfaktoren. Mehr als drei Viertel trägt die Arbeit und der Verbrauch, nämlich rund 146 von 183 Milliarden. 16,8 Milliarden zahlt der Valutaexport, noch nicht ein Zehntel, 20 Milliarden, also noch nicht ein Reumtel, entfällt auf Kapital und Kapitalverkehr dem Namen nach. In Wirklichkeit wälzt die Notenpresse auch diese Steuern auf den Verbraucher ob! Wobei als Kuriosum vermerkt werden mag, daß der Ertrag der Erbschaftsteuer trotz des enorm gestiegenen Wertes des Sachwertes der Erbschaften sich noch nicht verdoppelt hat und von 282 auf knapp 530 Millionen Mark sich erhöht hat. Die Zwangsanleihe, die 70 Milliarden Papiermark erübrigen sollte, würde, wenn sie überhaupt in diesem Umfang aufkommt, das „Opfer des Weltkrieges“ im Verhältnis zu den übrigen Steuern kaum wesentlich erhöhen. Denn auch die anderen Steuern steigen mit der Geldentwertung. Eingegangen waren bis Ende Oktober durch sie erst 2,7 Milliarden Mark. Ein Beweis, wie notwendig die Reform der Zwangsanleihe ist.

Bewegungen im Verufe.

Brauereien, Bierniederlagen.

† Hanau. Die Brauereiarbeiter in Hanau stehen bereits seit Wochen in Lohnverhandlungen betreffs Festsetzung der Novemberlöhne. Der Schlichtungsausschuß in Hanau fällt ein Urteil, wonach für die erste Hälfte des November 7250 Mk. für die zweite Novemberhälfte ein Lohn von 7750 Mk. zu zahlen sei. Den Schiedspruch lehnten die Brauereien ab, und zahlen zurzeit, unter Ausnutzung der für die Arbeiter ungünstigen Verhältnisse, nach Belieben. Die Organisation hat die Verbindlichkeitsklärung beantragt.

Zur Regelung der Dezemberlöhne finden es die Hanauer Brauereien gleichfalls nicht für notwendig, in Verhandlungen einzutreten. Auf eine unterm 5. Dezember eingereichte Forderung wird unterm 19. Dezember zurückgeantwortet: „Der Schlichtungsausschuß soll entscheiden.“ Einen den Herren nicht genehmen Schiedspruch lehnen sie dann ab. Bei Erhöhung der Bierpreise jedoch stehen die Hanauer Brauereien keineswegs zurück.

In der Brauerei Nicolai Akt.-Ges. wurde infolge Konsumrückganges zunächst die Arbeitszeit auf 24 Stunden reduziert und dann 12 Mann gekündigt. Unter den zur Entlassung kommenden befand sich auch der Betriebsratsmann, der Brauer L. Bezugnehmend auf § 96 des Betriebsrätegesetzes, wonach Betriebsratsmitgliedern ein Schutz gegen Entlassung zusteht und die Zustimmung des Betriebsrates erforderlich ist, riefen wir den Schlichtungsausschuß Hanau zur Entscheidung an. Da nun zurzeit kein Bier gebraut wird, daher in einem Teil des Betriebes, im Gärteller, in dem L. beschäftigt war, keine Arbeit vorhanden ist, berief sich die Betriebsleitung auf die Bestimmung des § 96, wonach bei teilweiser Betriebsstilllegung die Zustimmung zur Entlassung seitens des Betriebsrates nicht erforderlich ist. Der Schlichtungsausschuß, in Anerkennung der Berufsverhältnisse, gab diesem Ansuchen recht und konstatierte, daß die Entlassung zu Recht erfolgt sei, da eine teilweise Stilllegung des Betriebes stattfand. L. war 20 Jahre in der Brauerei N. beschäftigt und Herr Direktor Sandberg mag mit Genugtuung nach Hause gegangen sein, den ihm schon längst verhassten Betriebsratsvorsitzenden losgeworden zu sein. Auch bei einem Vierfahrer, der gleichfalls 20 Jahre im Betriebe beschäftigt war, wurde die Entlassung als zu Recht anerkannt.

Wenige Tage vor Weihnachten werden langjährige, im Dienste stehende Arbeiter rücksichtslos entlassen. Ein solches Vorgehen gegen die Arbeiterchaft zeigt den brutalen Machtstandpunkt der Direktion, und die jetzt gefähte Saat wird ihre Früchte tragen.

Rundschau.

Aus Industrie und Beruf.

Kapitalerhöhung. Dörfli Akt.-Ges. für Filzfabrikation in Kehl beschloß Erhöhung des Grundkapitals um 26 Mill. Mk. Es beantragen: Rheinische Presse- und Schriftwerke Akt.-Ges. Köln Erhöhung um 26 auf 42 Mill. Mk., Dortmund der Hansabrauerei um 4,7 Mill. Mk.

Interessengemeinschaft Wesermühlens. A.-G./Kaiser-Ditto-A.-G. Die Verwaltung der Kaiser-Ditto-A.-G., Vereinigte Deutsche Nahrungsmittelfabriken in Heilbronn, beantragt die Erhöhung des Stammvermögens von 15 500 000 auf 40 000 000 Mk. Zwecks Ausbaues des Ausfuhrgeschäftes sowie des Abfahes nach Rheinland-Westfalen und Norddeutschland wurde eine Interessengemeinschaft mit der Wesermühlens-A.-G. in Hameln abgeschlossen. Unter Verwendung der neu zu schaffenden Mittel ist beabsichtigt, in Hameln einen Großbetrieb einzurichten.

Längere Arbeitszeit kann uns retten, ruft man. Wie es in den Brauereibetrieben aussieht, wird den Kollegen klar sein. Tausende Arbeiter, die ihr Brot verdienen, werden arbeitslos. So geht es auch den Kollegen in der Brauerei Soltau. Auch hier wird der Betrieb eingestellt. Die Brauerei wird von der Lüneburger Kronbrauerei ausgegliedert. Daß die Brauerei auch noch mit der Entschädigung kauft, nur nebenbei. Kollegen, die hier 15 bis 20 Jahre gearbeitet haben, können heute hören: Ihr hättet euch schon lange um Arbeit bekümmern können. Aber wohin, wo alles überfüllt ist. So geht es wohl vielen Kollegen durch die Stilllegung größerer und mittlerer Betriebe.

Über immer noch die Phrase: Längere Arbeit kann uns retten! F. P.

Steuerliche Behandlung des Krankengeldzuschusses nach § 616 BGB. In den zwischen den Organisationsstellen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer abgeschlossenen Lohnverträgen sind vielfach Vereinbarungen darüber getroffen, unter welchen Voraussetzungen und in welchem Umfang bei Arbeitsverhältnis infolge Krankheit Lohnvergütungen neben dem Krankengeld gewährt werden. Die Höhe dieser Vergütungen richtet sich zumeist nach der Dauer der Beschäftigung im Betriebe und der Zeitdauer der Erkrankung.

Der Reichsminister der Finanzen hat die an ihn gerichteten Anträge, diese Lohnvergütungen als unter § 12 Ziffer 10 EStG fallend und damit als steuerfrei anzuerkennen mit folgender Begründung abgelehnt:

Der Begriff der Krankenversicherung im Sinne des § 12 Ziffer 10 EStG. Ichts das Bestehen eines Versicherungsverhältnisses voraus, das darin besteht, daß der Versicherte oder ein Dritter für ihn an den Versicherungsträger Beiträge leistet, wofür dem Versicherten gegen den Versicherungsträger ein Anspruch auf die Versicherungssumme bei Eintreten des Versicherungsfalles erwächst. Der Begriff der Versicherung, umfaßt auf der einen Seite die Leistung von Versicherungsbeiträgen und auf der anderen Seite den Anspruch des Versicherten gegen den Versicherungsträger auf die Versicherungssumme bei Eintreten des Versicherungsfalles. Mit dem Begriff der Versicherung ist also die Leistung von Versicherungsbeiträgen unzertrennbar verbunden. Diese Voraussetzung ist jedoch im vorliegenden Falle nicht gegeben. Es handelt sich hier vielmehr um Leistungen, die den Arbeitnehmern von ihren Arbeitgebern für den Krankheitsfall vertraglich zugesichert sind, und zwar mit Rücksicht auf das Bestehen des Arbeitsverhältnisses. Diese Leistungen haben ihren Rechtsgrund nicht in einem Versicherungsverhältnis, sondern in dem zwischen den Arbeitgebern und den Arbeitnehmern bestehenden Arbeitsverhältnis. Es liegt hier weiter nichts vor als eine teilweise Fortzahlung von Arbeitslohn im Sinne des § 45 Abs 2 EStG, die Leistungen unterliegen demnach dem Steuerabzug.

Die Lebensmittel- und Getränkeindustrie im November 1922, nach den Berichten im Reichsarbeitsblatt:

Die Beschäftigung der Mühlen mit Umlagegetreide im allgemeinen ausreichend; die Vermahlung des freien Getreides leidet unter dem Mangel an Getreide und unter der Geldknappheit der Mühlenbesitzer. Ende November soll freies Weichgeschärf völlig stillgelegt haben. In verschiedenen Betrieben Betriebsbeschränkungen. — Die badischen und einige norddeutsche Teigwaren-, Nahrungsmittel- u. w. Fabriken scheinen genügend zu tun zu haben; im allgemeinen geringer Beschäftigungsgrad — ebenso in den Bäckereien —, vielfach wegen ungenügender Rohstoffe, teils auch wegen Mangels an Aufträgen. Keks- und Honigkuchenfabriken haben mit Rücksicht auf die Feiertage reichlich zu tun gehabt, nach Erledigung dieser Aufträge wird Arbeitseinschränkung befürchtet.

In den Rohzuckerfabriken hat der Betrieb nach Beendigung der Rübenerteile voll eingeleht. Einzelne Fabriken allerdings durch Rübenmangel zeitweise behindert, andere aber sind schon Anfang Dezember am Ende der Kampagne. Landesarbeitsämter melden bereits Anfang Dezember größere Entlassungen in den pommerischen, sächsischen und hannoverschen Zuckerraffinerien. In den übrigen Beschäftigungsgrad bei den großen Fabriken und auch bei den Zuckerraffinerien gut, bei Raffinerien voraussichtlich bis Mitte nächsten Jahres. — In der zuckerverarbeitenden Industrie, besonders in der Schokoladen-, Kakaos- und in der Süßwarenindustrie, wird der Mangel an Zucker infolge des Verbotes der Verarbeitung von Inlandszucker schärfer empfunden, Auslandszucker kann bei den außerordentlich hohen Preisen nur schwer verwendet werden. Nach dem Weihnachtsgeschäft für die Fabriken sind bei den allgemein ungünstigen Ausblicken Entlassungen zu erwarten, vielfach schon vorgenommen. Die recht gut arbeitende Dresdener Süßwarenindustrie berichtet über Rohstoffnot.

Der Auftragsbestand der Fleisch- und Wurstkonserverfabriken hat stark nachgelassen, vielfach fehlen notwendige Rohstoffe. Die norddeutsche Fischkonserverindustrie arbeitet verhältnismäßig günstig, die Aufträge sind aber gering. Ein Rückgang der Nachfrage wird von der norddeutschen Industrie befürchtet, wenn die neuen Fischladungen zu den ungeheuren Preisen abgesetzt werden sollen. — Obst- und Gemüsekonserver haben reichlich zu tun, Rohstoffe bzw. Hilfsstoffe (Weißblech) und Warenmangel halten die Erzeugung auf. Auch Marmeladefabriken arbeiteten zufriedenstellend. — Im allgemeinen ist die Konserverindustrie für Arbeitskräfte etwas aufnahmefähig, allerdings wird die Arbeitszeit, hier und da auch die Zahl der Arbeiter eingeschränkt. — Infolge der ungeheuren Preise für Käse und Butter ist der Absatz von Speiseöl und Margarine im allgemeinen zufriedenstellend, wenn auch schon häufig über ungenügenden Absatz und besonders über starken Rohstoff- und Brennstoffmangel berichtet wird.

Im Weinhandel brachte der November teilweise durch die Bitterung begünstigten lebhafteren Absatz, besonders soweit ältere Bestände vorhanden waren.

Außerst ungünstige Lage der Bierbrauereien weiter verschlechtert, nur im Bezirk Frankfurt a. M. und Elberfeld einigermaßen befriedigend.

Mehlschnebereien. Die Mehlhandlung B. in Lübeck ließ einen Eisenbahnwagen Weizenmehl zu 100 Sack nach Hamburg rollen.

Das Strafverfahren ergab nun, daß eine ganze Reihe hiesiger Firmen Besitzer des Mehls gewesen waren.

Volkswirtschaftliches, Soziales.

Steuerfätze ab 1. Januar 1923:

Für die erste angefangene oder volle 1 000 000 M. 10 Proz., für die weitere angefangene oder volle 1 000 000 M. 15 Proz., für die weitere angefangene oder volle 1 000 000 M. 20 Proz., für die weitere angefangene oder volle 1 000 000 M. 25 Proz., für die weiteren angefangenen oder vollen 2 000 000 M. 30 Proz., für die weiteren angefangenen oder vollen 2 000 000 M. 35 Proz., für die weiteren angefangenen oder vollen 2 000 000 M. 40 Proz., für die weiteren angefangenen oder vollen 3 000 000 M. 45 Proz., für die weiteren angefangenen oder vollen 3 000 000 M. 50 Proz., für die weiteren angefangenen oder vollen 3 000 000 M. 55 Proz., für weitere Beträge 60 Proz.

Die Steuerbefreiungen bis zu 6000 M. und die Lebensversicherungsbeiträge ufm. bis zu 48 000 M. sind abzugsfähig.

Der Betrag von 10 Proz. des Arbeitslohns ermäßigt sich für den Steuerpflichtigen und seine Ehefrau um je 200 Mark monatlich, bzw. je 48 M. wöchentlich; für jedes minderjährige Kind um 1000 M. monatlich bzw. 240 M. wöchentlich.

Die zulässigen Abzüge zur Abgeltung (Verbungskosten) betragen 1000 M. im Monat, bzw. 240 M. in der Woche.

Die neuen Erwerbsteuern betragen:

Table with 5 columns: in Ortsklasse, A, B, C, DE. Rows for männl. Erwerb. über 21 Jahre, männliche Erwerb. bis 21 Jahre, männl. Erwerb. unter 21 Jahren, weibl. Erwerb. über 21 Jahre, weibl. Erwerb. bis 21 Jahre.

Für weibliche Erwerb. über 21 Jahre, sofern sie im Haushalt eines anderen leben, ermäßigen sich die Sätze im Vergleich zu den männlichen Erwerbsteuern in jeder Klasse um 75 M.

Die Kraftfahrzeuge. Am 1. Juli 1922 waren im Deutschen Reich (ohne Saargebiet) vorhanden: 37 941 Kraftwagen (1921: 26 666), 82 505 Kraftwagen (1921: 65 611).

mit 14 227 Stück, die mit mehr als 14 bis 18 Steuer-PS. mit 8079 Stück, die mit mehr als 18 Steuer-PS. mit 6118 Stück, die mit mehr als 8 Sitzplätzen einschl. Führersitz) mit 1772 Stück vertreten.

Arbeiterversicherung.

Wochenhilfe und Wochenfürsorge. Mit Wirkung vom 19. Dezember 1922 an ist eine Erweiterung des Gesetzes über Wochenhilfe und Wochenfürsorge eingetreten.

Für Versicherte ist der Beitrag zu den Kosten der Entbindung von 500 auf 2000 M., der Beitrag zu den Kosten bei Schwangerschaftsbeschwerden von 150 auf 900 M. heraufgesetzt worden.

Wochenfürsorge erhalten minderbemittelte Deutsche, die keinen Anspruch auf Wochenhilfe haben.

Das Wochengeld wird in allen Fällen für 10 Wochen und das Stillgeld für 13 Wochen gezahlt.

Für Entbindungsfälle, die vor dem 19. Dezember 1922 eingetreten sind, ist das Wochen- und Stillgeld für den Rest der Bezugszeit nach den neuen Sätzen zu zahlen.

Gefekgebung, Rechtsprechung.

Die achtstündige Arbeitszeit der Handwerkslehrlinge. Ueber die Einhaltung des Achtstundentages der Handwerkslehrlinge hat der Strafsenat des sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden eine Entscheidung gefällt.

Gegen das ihn nur teilweise freisprechende Urteil der ersten Instanz legte der Lehrherr Revision beim Oberlandesgericht Dresden ein, um seine vollständige Freisprechung herbeizuführen.

Literarisches.

Edles Menschentum. Ein freireligiöses Lehrbäuchlein von Dr. Hermann Stöcklin, 4. Auflage, Verlag: Buchhandlung Volkstimme, Magdeburg.

Verbandsnachrichten.

Verbandsbureau, Redaktion und Expedition der „Verbands-Zeitung“: Berlin O. 27, Schillerstraße 6 IV Fernsprecher: Amt Königsstadt 275.

In der Woche vom 1. bis 6. Januar ist der Wochenbeitrag fällig.

Mitteilungen der Hauptverwaltung.

Einwendungen von Geldern an die Hauptverwaltung. Die Kassierer der Ortsvereine werden ersucht, bei Einwendung von Geldern auf der Rückseite der Zahlkarte stets anzugeben, wofür die Gelder bestimmt sind.

Beträge für Extramarken, Protokolle, Inserate usw. sind nicht in die Quartalsabrechnung einzusetzen.

Genehmigte Vorkbeiträge.

Jena 10 Proz. der Verbandsbeiträge ab 1. Woche, Andernach 10 M. ab 1. Januar, Bernburg männl. 10 M., weibl. und alte Mitglieder 5 M. ab 1. Woche.

Strafporto

musste bezahlt werden: Erfurt 4 M., Hadmersleben 2 M., Würzburg 20 M., Landsbut 26 M., Berlin 15,30 M., Wehlar 20 M., Wriezen 20 M., Norden 38 M., Leobschütz 20 M., Bernburg 2 M., Rostock 50 M., Merseburg 20 M., Leipzig 20 M., Kalltenkirchen 20 M., Randzin 20 M., Berl 40 M., Löwenberg 20 M., Wiegitz 20 M., Birkau 18 M.

Eingänge der Hauptkasse vom 18. bis 28. Dezember.

(Postcheckkonto der Hauptkasse: Berlin 12 079 Brauerei- und Mühlenarbeiter G. m. b. H., Berlin O. 27.)

Haag 2770,-; Berlin 28 442,-; Berlin 3700,-; Coblenz 150 000,-; Lörrach 20 000,-; Naumburg 18 930,70; Koblentz 19 000,-; Chemnitz 44 000,-; Dresden 80 000,-; Göttingen 18 000,-; Lindau 4000,-; Mainz 264 250,-; Tulln 8300,-; Krappitz 20 000,-; Janau 406,-; Leobschütz 300,-; Halle a. d. S. 40 000,-; Angermünde 1908,-; Dresden 340 000,-; Elberfeld 100 000,-; Schönebeck 53 000,-; Uetersen 23 000,-; Wittstock 1600,-; Spandau 612,-; Magdeburg 100 000,-; Lübeck 100 000,-; Wurzen 10,-; Arnstadt 20 000,-; Chemnitz 120 000,-; Freiburg i. Br. 12 000,-; Marienwerder 1704,-; Nordhausen 30 000,-; Zerbst 15 000,-; Fürstenwalde 300,-; Krakow 5,-; Iserlohn 1218,-; Harburg 80 000,-; Kolberg 7000,-; Lauterberg 20 000,-; Saalfeld 15 000,-; Stuttgart 105 000,-; Halle a. d. S. 2678,-; Mainz 1847,-; Düsseldorf 3732,-; Braunschweig 1552,-; Elberfeld 3510,-; Leipzig 375,-; Münster 50 000,-; Döbeln 42 000,-; Heidemühle 10 000,-; Ramslau 39 515,-; Stettin 3234,-; Rostock 1504,-; Randzin 2712,- und 1632,-; Berlin 337 804,70; Erfeld 80 000,-; Goldberg 14 000,-; Zwickau 40 000,-; Rimbach 300,-; Breg 10 000,-; Dertmold 100 000,-; Gardelegen 10 000,-; Könnern 23 247,-; Lauterberg 20 000,-; Lindau 10 106,-; Memmingen 30 000,-; Wilhelmshaven 10 000,-; Mannheim 3770,-; Nürnberg 10 492,-; Regensburg 4684,-; Würzburg 1551,-; Dessau 2389,-; Neustettin 127,-; Hadmersleben 373,- M.

Aus den Bezirken und Zahlstellen.

Bachum, Buchstaben an Breiter, Kaiserstr. 22, Teleph. 486. Ferktenwalde, Post: R. Guth, jetzt Breitenstr. 17a part. 1. Gauß 6. Postort i. Ostf., Post: Josef Christl, Poststr. 30. Zweibrücken, alle Buchstaben an Herrn. Wand, Wiltcherstr. 6

Verjamungsanzeigen

Sonntag, 7. Januar. Jena, 24 Uhr: Gewerkschaftshaus.

Inserate

werden in Zukunft nur nach vorheriger Anzahlung aufgenommen.

Am 17. Dezember verstarb unser Kollege Konrad Hertlein, 68 Jahre alt, in der hiesigen Zahlstelle Erlangen. Am 29. November starb unser Kollege, der Hofkammer Wilhelm Krüger, 68 Jahre alt, in der hiesigen Zahlstelle Berlin. Am 10. Dezember starb unser Kollege Hermann Richter, 68 Jahre alt, in der hiesigen Zahlstelle Berlin. Am 17. Dezember verstarb unser Kollege Karl Vauß, 68 Jahre alt, in der hiesigen Zahlstelle Berlin. Am 17. Dezember verstarb unser Kollege, der Hofkammer Wilhelm Krüger, 68 Jahre alt, in der hiesigen Zahlstelle Berlin. Am 17. Dezember verstarb unser Kollege, der Hofkammer Wilhelm Krüger, 68 Jahre alt, in der hiesigen Zahlstelle Berlin.